



Rechtsausschuss

56. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

13. April 2016

Detmold – Landgericht

11:00 Uhr bis 13:25 Uhr

14:05 Uhr bis 15:10 Uhr

Vorsitz: Dr. Ingo Wolf (FDP)

Protokoll: Stefan Ernst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Ausschuss kommt überein, die Beratungen über den Betreuungsrechtsantrag der CDU in einer der nächsten Ausschusssitzungen zu finalisieren.

1 Vorstellung des Landgerichts Detmold, seines Bezirks und aktueller Fragen aus dem Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit

8

Bericht
durch den Präsidenten des Landgerichts Detmold

Der Ausschuss nimmt den Bericht entgegen und diskutiert diesen.

¹ Nichtöffentlicher Teil mit TOP 16 siehe nöAPr 16/248

- 2 Loveparade – Entscheidung des Landgerichts Duisburg über die Nichteröffnung des Hauptverfahrens** (Tagesordnungspunkt beantragt von der Landesregierung, siehe Anlage) **24**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3859

Der Ausschuss diskutiert den Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3859 intensiv.

- 3 Gesetz zum Erlass eines Landesbibliotheksgesetzes und zur Änderung weiterer Rechtsvorschriften** **41**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11436

Der Ausschuss kommt ohne Aussprache überein, sich an der Sachverständigenanhörung im federführenden Ausschuss fakultativ zu beteiligen.

- 4 Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Dienstrechtsmodernisierungsgesetz – DRModG NRW)** **42**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10380
APr 16/1189

Vorlage 16/3791

Der Ausschuss kommt überein, die Auswertung der Anhörung und die Abstimmung am 24. Mai durchzuführen.

5 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Nachtragshaushaltsgesetz 2016) 43

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11250

in Verbindung mit

Umsetzung des 15-Punkte-Programms der Landesregierung durch den Nachtragshaushalt 2016

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3799
Vorlage 16/3803
Vorlage 16/3858

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/11250 mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN zu.

6 Nordrhein-Westfalen muss hessische Bundesratsinitiative zur Schaffung eines neuen Straftatbestandes für tätliche Angriffe auf Polizeibeamte und Einsatzkräfte unterstützen! 47

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8979
APr 16/1161

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 16/8979 mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, FDP und PIRATEN bei Zustimmung der CDU ab.

7 Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW. 49

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11229

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11318 – Neudruck

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3853

Nach kurzer Aussprache nimmt der Ausschuss den Bericht
Vorlage 16/3853 zur Kenntnis.

8 Freilassung gefährlicher Angeklagter aufgrund Überlastung der Kölner Justiz (Tagesordnungspunkt beantragt von der FDP, siehe Anlage) 50

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3860

9 Sozialrichter kämpft für NS-Opfer – und wird von Justizminister Kutschatj verklagt (Tagesordnungspunkt beantragt von der CDU, siehe Anlage) 53

Bericht
der Landesregierung
Vertrauliche Vorlage 16/122

Der Ausschuss kommt überein, diesen Punkt in der nächsten
Ausschusssitzung in einem nichtöffentlichen Teil zu
behandeln.

- 10 Bericht der Staatsanwaltschaft zum Fall des polizeibekanntem Mönchengladbacher Seriendieb Karim S.** (Tagesordnungspunkt beantragt von der CDU, siehe Anlage) **54**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3854

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3854 nach kurzer Aussprache zur Kenntnis.

- 11 Neue Regelungen zur Ausführung von Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten** (Tagesordnungspunkt beantragt von der FDP, siehe Anlage) **55**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3861

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3861 nach kurzer Aussprache zur Kenntnis.

- 12 Wieso verzichtete der Justizminister darauf, die Strafverfolgungsstatistiken für Nordrhein-Westfalen 2013 und 2014 der Öffentlichkeit zu präsentieren?** (Tagesordnungspunkt beantragt von der FDP, siehe Anlage) **56**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3861

Der Ausschuss kommt überein, dieses Thema in seiner
übernächsten Sitzung zu beraten.

- 13 Sachstand strafrechtlicher Ermittlungsverfahren aus Anlass der Geschehnisse im Rheinischen Braunkohlerevier „Hambacher Forst“ seit August 2015** (Tagesordnungspunkt beantragt von der FDP, siehe Anlage) **57**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3857

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3857 nach kurzer Aussprache zur Kenntnis.

- 14 Umsetzung und Weiterentwicklung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes im Geschäftsbereich des Justizministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen** (Tagesordnungspunkt beantragt von der Landesregierung, siehe Anlage) **58**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3856

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung ohne
Aussprache zur Kenntnis.

- 15 Verschiedenes** **59**

5 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Nachtragshaushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11250

in Verbindung mit

Umsetzung des 15-Punkte-Programms der Landesregierung durch den Nachtragshaushalt 2016

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3799
Vorlage 16/3803
Vorlage 16/3858

Dirk Wedel (FDP) erinnert an die Ausführungen des Ministers in der Ausschusssitzung am 20. Januar. Ausweislich von Ausschussprotokoll 16/1135, Seite 39, erläutere der Minister das Verfahren zur Berechnung der 300 Stellen, das sich an Zielfestlegungen und dem daraus resultierenden Personalbedarf orientiere. Hingegen habe er bei der Lektüre der entsprechenden Vorlage den Eindruck erhalten, es handele sich um gegriffene Zahlen und Überlegungen zur bestmöglichen Verteilung. Er bitte um Erläuterungen zu dieser Diskrepanz.

Darüber hinaus zweifle er am Optimismus des Ministers in Bezug auf die Einstellung hinreichend qualifizierter Juristinnen und Juristen. Er, Wedel, könne absehen, dass sich der Ausschuss mit diesem Thema spätestens zu Beginn des neuen Jahres wieder beschäftigen und das Erreichte evaluieren müsse.

Er könne mit Blick auf die Amtsanwälte nicht verstehen, dass der Minister die entsprechenden Pebb§y-Zahlen ignoriere. Er sehe bei den Amtsanwälten besonderen Handlungsbedarf, da diese vor ihrem Einsatz ausgebildet werden müssten. Eine Verschiebung der Haushaltsmittel um ein Jahr bedeute ein weiteres verlorenes Jahr bei den Amtsanwälten. Trotz der Verstärkungsmaßnahmen 2014 und 2015 sehe die Situation aufgrund des gestiegenen Bedarfs nicht besser aus. Mehr Eingänge entfielen inzwischen auf das amtsanwaltschaftliche Dezernat. Der neuen Realität müsse nun haushaltstechnisch Rechnung getragen werden.

Zum Hinweis in Vorlage 16/3858, S. 7, zur INPOL-Datenbank und Schnittstellenproblematik, „wobei grundsätzlich eine Umsetzung noch in 2016 nicht ausgeschlossen ist“ frage er nach, ob der Minister die Umsetzung für wahrscheinlich halte.

Jens Kamieth (CDU) zollt dem Minister für die zusätzlichen knapp 300 Stellen ausdrücklich Respekt. Zur Verteilung der Stellen und Auswahl des Personals schließe er sich jedoch den Ausführungen von Dirk Wedel an.

Die CDU-Fraktion könne gleichwohl dem Nachtragshaushalt aufgrund von finanz- und innenpolitischen Erwägungen nicht zustimmen. Das Zahlenwerk des Finanzministers erachte sie für nicht tragbar. Obwohl die Steuereinnahmen von 2015 in 2016 absehbar nicht erreicht werden könnten, lege sie der Minister zugrunde.

Mit Blick auf die 500 neuen Stellen für die Polizei zeige sich schon jetzt, dass die Lebensarbeitszeitverlängerung nicht funktioniere, zumal es zu wenige Bewerber gebe. Von den Bewerbern werde nur ein Bruchteil in dieser Hinsicht anerkannt. Die Stellenbesetzung erweise sich daher als schwierig. Die Landesregierung habe aus seiner Sicht hierbei die falschen Grundsätze aufgestellt.

Ferner reiche seiner Fraktion die Videoüberwachung nicht aus.

Sven Wolf (SPD) unterstreicht das breite Lob für den Vorstoß des Justizministers, etwa durch Jens Kamieth und den Vorsitzenden des Bundes der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen.

Er danke Dirk Wedel für dessen Fragen, da diese die Darstellung der guten Rechtspolitik von Rot-Grün seit 2010 ermöglichten. Der Justiz und dem Vollzugsbereich habe die Landesregierung sehr viel Personal zur Verfügung gestellt.

Dagmar Hanses (GRÜNE) betont, sie halte 1.200 Stellen für die Justiz für ein starkes Bekenntnis für eine starke und unabhängige Justiz. Mit Blick auf die großen bevorstehenden Aufgaben begrüße sie eine Stärkung der Stellensituation der Justiz. Gebraucht werde kein „Privat vor Staat“, sondern ein starker Staat. Dafür habe die Landesregierung mit diesem Nachtragshaushalt die Weichen gestellt. Sie kündige an, kleinere Änderungen im Haushalts- und Finanzausschuss einzubringen, die aber nicht diesen Einzelplan betreffen.

Sodann verweist sie auf die Personalpolitik in anderen Ländern, wo es entweder keinen so starken Stellenzuwachs gebe, oder in denen man sogar Stellen in der Justiz abbaue.

Dirk Wedel (FDP) hält 300 zusätzliche Stellen für die Justiz „an sich für eine gute Leistung“. Umso weniger könne er die stellenmäßige Vernachlässigung der Amtsanwälte verstehen.

Seine Fraktion werde dem Nachtragshaushalt aus haushaltstechnischen Gründen und insbesondere wegen der mangelnden Gegenfinanzierung nicht zustimmen. Eine Korrektur der Steueransätze durch die Landesregierung erfolge nicht, sie erhöhe lediglich die globale Minderausgabe. Der Basiseffekt könne in der vom Finanzminister geplanten Höhe nicht erreicht werden, weswegen ihm der Haushalt als nicht seriös gegenfinanziert erscheine.

Dietmar Schulz (PIRATEN) schließt sich den Ausführungen seines Vorredners zur Finanzierung an. Der Nachtragshaushalt stelle sich aus Sicht der Piraten zu sehr an den Folgen der Ereignisse der Silvesternacht orientiert dar – insbesondere mit Blick auf den 15-Punkte-Plan und das Hineinfließen in den Haushalt.

Seine Fraktion begrüße die neuen Stellen für Richterinnen und Richter. Die positiven Ansätze aus dem Justizressort erlitten insbesondere mit Blick auf die Maßnahmen des Innenressorts – Stichwort: Videoüberwachung – dasselbe Schicksal wie der gesamte Nachtragsaushalt. Seine Fraktion werde den Nachtragshaushalt in zweiter Lesung ablehnen.

Minister Thomas Kutschaty (JM) legt dar:

Ich fange zur Beantwortung der Fragen mit dem Schluss unseres Berichts an. Den letzten Satz zu den Schnittstellen haben wir wirklich schön formuliert. Ich habe ihn gerade noch einmal gelesen. Er ist wirklich gut gelungen.

(Heiterkeit)

Er ist nicht umsonst so formuliert. Denn wenn Sie den Satz davor lesen, können Sie feststellen: Wir sind angewiesen auf die Zuarbeit und gemeinsame Arbeit auch mit dem Bundeskriminalamt. Wann die zum Abschluss gebracht werden kann, liegt natürlich nicht allein in unserer Hand. Sobald das erledigt ist, soll das auch umgesetzt werden. Das kann in diesem Jahr noch erfolgen, aber ich kann Ihnen das nicht garantieren. Deswegen haben wir eine schöne Formulierung, wie ich finde, gewählt.

Bei der Frage zu den Amtsanwaltsstellen bitte ich zu berücksichtigen, dass wir in den letzten Jahren in einer Runde 20 und in einer anderen Runde 30 neue Stellen geschaffen haben. Diese sind erst im letzten Jahr vollständig besetzt worden. Sie sehen daran den entsprechenden Drei-Jahres-Vorlauf. Ganz wesentlich war natürlich jetzt für die Landesregierung, Ihnen diese Variante der Stellen im Nachtragshaushalt vorzuschlagen, die möglichst schnell Personal aktiv in den Dienst bringen soll.

Natürlich haben wir die Belastungszahlen bei den Rechtsanwälten nach wie vor im Auge. Deswegen wollen wir zunächst die Ergebnisse der Pebbßy-Fortschreibung auswerten. Da gibt es möglicherweise Veränderungen. Dann werden wir uns überlegen, ob wir bei diesem Punkt gegebenenfalls noch einmal Vorschläge unterbreiten werden. Das war uns in diesem Zusammenhang ganz wichtig.

Was die Berechnung anbelangt, sehe ich anders als bei Ihrer Darstellung keine Widersprüche. Natürlich ist die Zahl 100 plus 100 plus 100 auch einem politischen Diskussionsprozess geschuldet. Es wäre alles andere als unwahrscheinlich, dass man auf solche glatten Zahlen kommt. Wir haben uns daran orientiert: In welchen Bereichen sind aktuelle Belastungsspitzen? Welche neuen Kriminalitätsphänomene gibt es, die mit anderen Maßnahmen und neuen Methoden bekämpft werden müssen?

Deswegen stimmen wir uns gerade sehr eng auch mit der Innenseite ab. Denn wir müssen natürlich auch schauen: Welche Stärkungen nimmt jetzt das Innenressort vor? Wir haben auch da schon gehört, dass insbesondere die zusätzlichen Polizeistellen in Großstadtbereiche kommen sollen, um dort die besonderen Merkmale der Kriminalität aufgreifen zu können. Dementsprechend müssen wir natürlich auch

schauen: Wo fallen mehr Aufgaben und Fälle durch die Polizei an, die wir entsprechend abarbeiten müssen? Ich bin sehr optimistisch, dass uns das gut gelingen wird.

Ich hatte in der letzten Woche Freitag die Leiterinnen und Leiter der Staatsanwaltschaften und die Präsidenten der Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu einer Dienstbesprechung eingeladen, in der wir uns genau darüber unterhalten haben. Dabei haben wir auch über die Frage gesprochen: Wie setzen wir diese Stellen jetzt ein? Welche neuen Projekte im Ermittlungsbereich bei der Staatsanwaltschaft gibt es? Wo wird besonderer Handlungsbedarf gesehen – sowohl geografisch als auch bei den Deliktsarten im fachlichen Bereich? Dementsprechend werden wir in Kürze die entsprechenden Verteilungen vornehmen, um so einen deutlichen Schritt für mehr innere Sicherheit in diesem Land zu gewährleisten.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/11250 mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN zu.